

NDB-Artikel

Pischek, Johann von (württembergischer Personaladel 1881)
württembergischer Innenminister, * 15.1.1843 Frankfurt/Main, † 23.8.1916
Oberstdorf. (katholisch)

Genealogie

V Johann Baptist P. (1814-73, s. ADB 26), seit 1844 Hofsänger am Württ.
Staatstheater, S d. Wenzel, Bgm. v. Mscheno (Böhmen), u. d. Anna Ziweg;

M Johanna (1822-47), T d. Johann Heinz u. d. Johanna Rozlitz;

• Stuttgart 1873 Helene (1853-87), T d. Oberlandesger.rates Albert Friedrich
Julius v. Klett u. d. Helene Elisabeth Möhrlin;

1 S, 3 T.

Leben

Nach dem Studium der Rechtswissenschaften in Tübingen und Heidelberg machte P. Karriere im württ. Justizdienst: Bereits 1872|wurde er Richter am Stuttgarter Kreisgerichtshof, Innenminister Heinrich v. Sick holte den aufstrebenden Juristen als Regierungsrat in sein Haus. Dort stand er dem Referat Hochbau- und Wasserbauwesen vor (seit 1884 als Regierungsdirektor) und wirkte als solcher in der „Reichskommission zur Untersuchung der Verhältnisse des Rheinstroms“ mit. Persönliche Differenzen mit Innenminister Karl Joseph v. Schmid führten 1891 zu seinem Ausscheiden aus dem Ministerium; der neue Kg. Wilhelm II. berief ihn 1892 als Wirklichen Staatsrat und Ständigen Rat des Staatsministeriums im Jahr darauf wieder in eine einflußreiche Position.

Nach dem überraschenden Tod Schmidts im Dez. 1893 entschied sich der König auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Hermann v. Mittnacht für den keiner Partei zugehörigen, gemäßigt liberalen P. als dessen Nachfolger. Karl Göz, der Landesvorsitzende der Deutschen Partei und Vizepräsident der Kammer der Abgeordneten, der als Favorit gegolten hatte, erhielt P.s Staatsratsstelle. P., selbst nach dem Urteil des Sozialdemokraten →Wilhelm Keil das „Musterbild eines Beamtenministers“, nahm in seiner 19jährigen Amtszeit eine Reihe von Verwaltungsreformen in Angriff, deren bedeutendste die Gemeinde- und Bezirksordnung von 1906 war, mit der diejenige von 1822 novelliert wurde; erst mit ihr wurde z. B. die Lebenslänglichkeit des Amtes des Ortsvorstehers aufgehoben. Außerdem modernisierte P. – im steten Bemühen um eine Verwaltungsvereinfachung – Württemberg mittels mehrerer Steuergesetze, des Fürsorgeerziehungsgesetzes (1899), des Wassergesetzes (1900) und einer

neuen Bauordnung (1910). Sein Ziel einer Reduzierung der Oberämter erreichte er 1911 jedoch nicht.

Als Minister war P. auch württ. Bevollmächtigter zum Bundesrat des Kaiserreiches, wo er zahlreiche wegweisende Gesetze, wie das Invaliden- (1899) und das Unfallversicherungsgesetz (1900), mit auf den Weg brachte. Es erwies sich für Württemberg als Nachteil, daß P. nach dem Rücktritt Mitnachts 1900 nicht zum Ministerpräsidenten berufen wurde; der ihm vorgezogene → Maximilian Schott v. Schottenstein (1836–1917) mußte bereits vier Monate später zurücktreten. Nachdem der vielfach Ausgezeichnete im Dez. 1912 seinen Rücktritt erbeten und der bisherige Minister des Kirchen- und Schulwesens, Karl v. Fleischhauer, die Nachfolge angetreten hatte, wurde P. vom König mit der Berufung zum lebenslänglichen Mitglied der Kammer der Standesherren geehrt.]

Auszeichnungen

Rr. d. Ordens d. Württ. Krone (1881);

Komturkreuz d. Friedrichsordens (1886);

Dr. sc. pol. h. c. (Tübingen 1901);

Benennung einer Straße in Stuttgart (1913).

Literatur

Staatsanz. f. Württ. Nr. 198, 1916;

Schwäb. Merkur Nr. 394, 1916, S. 5 ff.;

H. Mosthaf, in: Württ. Nekr. f. d. J. 1916, 1919, S. 102-24 (P);

150 J. Promotion an d. Wirtsch.wiss. Fak. d. Univ. Tübingen, bearb. v. I. Eberl u. H. Marcon, 1984, S. 599 (P);

Wi. 1912;

DBJ I, Tl.;

Kosch, Biogr. Staatshdb. |

Nachlass

Nachlaß: StA Stuttgart.

Autor

Frank Raberg

Empfohlene Zitierweise

, „Pischek, Johann von“, in: Neue Deutsche Biographie 20 (2001), S. 480-481
[Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/.html>

02. Mai 2025

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
